

WERNER SEITZ: «UNSERE DEMOKRATIE

Werner Seitz, Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien» im Bundesamt für Statistik in Neuchâtel. Er verfasst hauptberuflich Analysen von Volksabstimmungen und Wahlen mit den Schwerpunkten «politische Kultur», «Entwicklung der Parteienlandschaft» und «Repräsentation der Frauen in den politischen Institutionen». Was denkt er über «Gott und die Welt»? Interview: Alain Bopp.

B-Post: Bei eidgenössischen Wahlen und Volksabstimmungen fällt auf, dass die Beteiligung meistens verhältnismässig bescheiden ist. Kann man noch von einer Demokratie sprechen, wenn weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten über das ganze Land bestimmen?

Werner Seitz: Sicher kann man das. Demokratie bedeutet ja nicht, dass möglichst viele wählen gehen, denn eine hohe Wahlbeteiligung gibt es häufig auch in Diktaturen. In einer Demokratie sollen alle die Möglichkeit haben, frei zu wählen – aber niemand soll wählen müssen. Eine niedrige Wahlbeteiligung kann aber für die sogenannte politische Elite zu einem Legimitationsproblem werden: Sie zeigt ihnen, dass ihre Politik nur wenige Wahlberechtigte interessiert.

Für die im internationalen Vergleich sehr niedrige Wahlbeteiligung in der Schweiz – sie liegt im Schnitt bei etwa 45 Prozent – muss noch auf eine Besonderheit hingewiesen werden. In der Schweiz finden nicht wie in den meisten parlamentarischen Demokratien nur alle vier Jahre Parlamentswahlen statt; zwischen den Wahlen werden die Stimmberechtigten alle drei Monate zu Volksabstimmungen über drei bis fünf Themen aufgerufen, und das nicht nur auf eidgenössischer, sondern auch noch auf kantonaler und kommunaler Ebene. Wenn man über so viele Vorlagen abstimmen kann, gibt man nicht

immer Vollgas. Man kann dann auch einmal sagen, da gehe ich jetzt nicht stimmen. Wenn es aber um die Wurst geht, wie bei den Volksabstimmungen über die Abschaffung der Schweizer Armee 1989 oder über den Beitritt der Schweiz zum EWR 1992, dann gehen 70 bis 80 Prozent der Stimmberechtigten an die Urne. Das zeigt, dass die Demokratie grundsätzlich funktioniert.

Zu denken geben muss jedoch das Faktum, dass sich bei einer niedrigen Stimmbeteiligung



FUNKTIONIERT GRUNDSÄTZLICH»



nicht alle Schichten gleichermassen weniger beteiligen, sondern dass die unteren Gesellschaftsschichten klar untervertreten sind. Volksentscheide, die mit einer geringen Stimmbeteiligung gefällt werden, riskieren also, die Meinung der Stimmberechtigten verzerrt zum Ausdruck zu bringen. Sie spiegeln eher die Meinung der Mittel- und Oberschichten als die Meinung der Unterschichten. Liegt die Stimmbeteiligung über längere Zeit auf niedrigem Niveau, kann von einer Mittel- und Oberschichtsdemokratie gesprochen werden.

«EIN MENSCH, EINE STIMME»

Sollte man demnach Wahlen nach dem Gewicht der Stimmen und nicht nach ihrer Anzahl auswerten?

Nein, ich denke, es war ein grosser Fortschritt der bürgerlichen Revolution, allen Staatsbürgern dieselbe politische Stimmkraft zuzugestehen und endlich damit aufzuräumen, dass die Stimmkraft des Einzelnen von der Grösse des Besitzes von der Höhe der Bildung oder gar

von der Art des Berufes abhing. «Ein Mensch, eine Stimme» hat die bürgerliche Revolution deklariert. Das hiess, dass die Stimme eines Tagelöhners gleich viel zählte wie jene eines Kardinals oder Professors – die Frauen wurden damals allerdings noch nicht miteinbezogen, Ausländer ebenfalls nicht.

Heute stellen wir bei Nachbefragungen zu Volksabstimmungen regelmässig fest, dass es Leute gibt, die abstimmen, ohne ihren Entscheid genau begründen zu können. Diese Stimme zählt aber genau gleich viel wie die Stimme von jemandem, der sich nächtelang mit dem Thema auseinander gesetzt hat und genau weiss, weshalb er oder sie dafür oder dagegen ist. Ich denke, das ist der Preis, den die Demokratie zahlen muss, wenn alle gleichwertig sind und als unterschiedliche Individuen gleichwertig respektiert werden. Da gibt es dann halt die Gescheiterten und die Dümmeren, die Fauleren und die Fleissigeren, die Reicheren und die Ärmeren. Wenn sich heute wieder einige selbsternannte Vordenker Gedanken machen, wie schon der gute alte Friedrich Schiller, dass man die Stimmen «wägen und nicht zählen» soll, ritzen diese an einem wesentlichen Element der Demokratie. Trotzdem: Demokratie funktioniert nur mit selbstbewussten, aufgeklärten und informierten Bürgerinnen und Bürgern. Der Aufklärung und Bildung kommt daher in der Demo-

kratie eine wesentliche Aufgabe zu. Allfällige Verbesserungen der demokratischen Entscheidung müssen bei der Aufklärung der BürgerInnen ansetzen, nicht bei der Beschränkung des Stimmrechts.

Was bedeutet für Sie der Begriff «mündig»?

Wenn eine Person selbstständig ist, sich eine eigene Meinung bilden und auch Verantwortung tragen kann. Wer mündig ist, kann heiraten oder Verträge abschliessen oder sich an Abstimmungen und Wahlen beteiligen. Mündig in der Schweizer Politik ist, wer 18 Jahre alt ist und eine minimale Urteilsfähigkeit hat. Das Mündigkeitsalter liegt seit gut zehn Jahren bei 18, vorher lag es bei 20. Es gab aber in früheren Jahrhunderten Kantone, in denen das Mündigkeitsalter bei 16 Jahren lag.

POLITISCHER SAUERSTOFF

Sie waren Mitglied der POCH, der Progressiven Organisation der Schweiz, und haben als Privatperson das Parteienbündnis «Rot-Grün-Mitte» in Bern beraten. Ist das als Bundesbeamter und Politologe vertretbar?

Natürlich! Man muss einfach die verschiedenen Rollen auseinander halten können, aber das ist eine Frage der Professionalität. Wenn ich im

«Meine persönliche Meinung ist in diesen Analysen uninteressant. Das soll aber nicht heissen, dass ich als Staatsbürger keine politische Meinung hätte und mich nicht politisch betätigte.»



Bundesamt für Statistik meine Analysen der schweizerischen Politik verfasste, kommen diese am Schluss so daher, dass sie die grossen politischen Veränderungen festhalten und allen im Nationalrat vertretenen Parteien nützlich sind. Meine persönliche Meinung ist in diesen Analysen uninteressant. Das soll aber nicht heissen, dass ich als Staatsbürger keine politische Meinung hätte und mich nicht politisch betätigte. Ich bin aber, um allfällige Interessenskonflikte zu vermeiden, nicht Mitglied einer Partei und nehme vorwiegend überparteiliche Beratungsmandate auf Gemeinde- oder Kantons-ebene an.

Aus diesen Überlegungen wäre ich heute wohl auch kaum mehr in der POCH. Aber diese Frage stellt sich nicht mehr, weil die POCH in den 80er Jahren in den Grünen aufgegangen ist und ihnen politischen Sauerstoff vermittelt hat. Die POCH war übrigens nicht so radikal, es war vielmehr das gesellschaftliche Umfeld, das sie radikal erscheinen liess. Die Bürgerlichen, eifrig assistiert von der SP, bekämpften während des Kalten Krieges bis in die frühen 80er Jahre alles, was nach Nonkonformismus, Rebellion und Kommunismus aussah, und solche Inhalte wurden unter anderem auch bei der POCH geortet. Heute hören sich die Forderungen der POCH recht zahm an und belegen eher die Hysterie der Bürgerlichen und der SP als die Linksradi-

kalität der POCH. Diese forderte zum Beispiel die 40-Stunden-Woche, das Pensionsalter 58/60, ein Nein zu AKWs und eine blockfreie Aussenpolitik.

Wie beurteilen Sie den aktuellen Zustand der Schweizer Politik?

Im vergangenen Jahrzehnt hat das gesellschaftliche und politische Umfeld der Schweiz und Europas die grösste Veränderung der letzten 50 Jahre erfahren. Mit dem Fall der Berliner Mauer brach nicht nur das sogenannte realsozialistische Staatensystem des Ostblocks zusammen. Es bildeten sich auch im freien Fall und teilweise in kriegerischen Auseinandersetzungen eine Reihe von Staaten. Die Implosion dieses Staatensystems beendete auch den Kalten Krieg und forcierte die neoliberale Globalisierung. In Europa wiederum setzte ein Prozess des Zusammengehens der europäischen Staaten ein.

Diese Veränderungen, welche naturgemäss auch Verunsicherung und Desorientierung mit sich brachten, erfassten auch die Schweiz. Namentlich wurde ihre bisherige Neutralitätspolitik obsolet und kritisch in Frage gestellt. Auf der politischen Ebene büsste das Links-Rechts-Schema an Orientierungsfunktion ein; es wurde überlagert von der Fragestellungen «politische Öffnung oder Alleingang» und «staatliche Regulierung oder Liberalisierung». Dies hat zur Folge, dass die Linke beispielweise bei der Frage der Deregulierung in einen konservativen und einen liberalen Flügel gespalten ist, oder die Bürgerlichen bei der Frage der Öffnung gegenüber Europa in einen öfnungsfreundlichen und öfnungskritischen. So lässt sich der Zustand der Schweizer Politik – wie auch jener der anderen westeuropäischen Staaten – als Zustand einer latenten Desorientierung umschreiben.

IMMER EINFACHERE LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Erschwerend kommt dazu, dass immer mehr gesellschaftspolitische Fragen immer weniger von der nationalen Politik gelöst werden können: Etwa Fragen der Migration, des Umweltschutzes oder Fragen der Wirtschaft, welche sich immer mehr globalisiert und das in einem Tempo, bei dem die Politik gar nicht mehr nachkommt. Solche Probleme müssen vermehrt grenzüberschreitend gelöst werden, was die nationale Ebene der Politik relativiert.

Während die Gesellschaft und die politischen Fragestellungen komplizierter und komplexer geworden sind, präsentieren die Parteien immer einfachere Lösungsvorschläge. Und mit ihren



Fotos: Borgen Herzog

einfachen Rezepten haben vor allem die SP und die SVP in den Wahlen Erfolg gehabt. So etwa hält die SP den Weg nach Europa für einen Weg ins Paradies und für die SVP führt er ins Verderben. Oder die SP löst die Sicherung des Sozialstaates mit der Hoffnung auf Wirtschaftswachstum und die SVP meint, es sei mit «den Gürtel enger schnallen» getan. Dieses Phänomen, dass in unübersichtlichen und unsicheren Zeiten einfache Rezepte auf Anklang stossen, ist nicht neu. Es gibt aber auch Anzeichen, dass die Leute von der Polarisierung und der Schwarz-Weiss-Malerei genug haben und differenzierte, unspektakuläre Lösungen wieder mehr gefragt sind.

Welchen Einfluss haben die verschiedenen Parteien heute?

In einer Demokratie sind die Parteien das A und O. Eine Demokratie ohne Parteien funktioniert nicht. Das sieht man beispielsweise schon daran, dass als Erstes die Parteien verboten werden, wenn eine Demokratie weggeputscht und eine Diktatur eingerichtet wird. In der Schweiz ist die Arbeit der Parteien besonders wichtig, weil die Parteien hier nicht nur die Leute stellen, die ins Parlament und in die Regierung gewählt werden können. Sie spielen auch eine enorm wichtige Rolle bei den Volksabstimmungen. Neben den Verbänden und Interessengruppen sind es vor allem die Parteien, welche gegen Gesetze, die das Parlament beschlossen hat und mit denen sie nicht zufrieden sind, das Referendum ergreifen und damit eine Volksabstimmung erzwingen. Parteien sind auch häufig an Volksinitiativen beteiligt, also an Vorschlägen für Verfassungsänderungen, über welche die Stimmberechtigten entscheiden können. Und dann spielen sie natürlich vor allem bei der Meinungsbildung im Abstimmungskampf eine wichtige Rolle, indem sie die Abstimmungsvorlage aus ihrer Warte einschätzen und Gründe für ein Ja oder ein Nein darlegen.

WENIGER EINFLUSS DER PARTEIEN

Diese wichtige Aufgabe der Parteien für die Demokratie kontrastiert mit einem Prozess, der seit einigen Jahrzehnten festzustellen ist: Die Parteien verlieren an Ansehen und Einfluss, ähnlich wie die Kirche und das Militär. Waren im 19. und frühen 20. Jahrhundert die sogenannten «Pflicht-Werte», verkörpert in den Institutionen Politik, Kirche und Militär, weit verbreitet, so sind die Menschen in den letzten Jahrzehnten zunehmend freier geworden und diesen Institutionen sind die Felle davongeschwommen: Heute sind die Kirchen leer, das Militär nimmt kaum jemand mehr richtig ernst und die Partei-

en müssen sich aktiv um ihre Mitglieder und Sympathisanten bemühen. Früher wurde die Parteimitgliedschaft quasi vererbt, weil die Parteien relativ kompakte Milieus darstellten: War der Vater in der SP, waren es meistens auch seine Kinder. Man las zu Hause das SP-



Blättchen, ging wenn möglich nur in SP-Beizen und betätigte sich in SP-Sport- und Kulturvereinen. Das Gleiche galt auch für die FDP, die CVP und die SVP. Heute sind die Menschen freier geworden, im Guten wie im Schlechten. So sind die Jungen in der Politik heute nicht mehr unbedingt in der gleichen Partei wie ihre Eltern. Zudem kommt es durchaus vor, dass Leute im Verlauf ihres Lebens die Partei wechseln.

Was waren die auffälligsten Veränderungen?

Zwei Parteien haben sich in der Schweiz in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark verändert und sind dank dieser Veränderung bei Wahlen auf der Siegerstrasse: die SP und die SVP. Die SP war bis in die frühen 80er Jahre hauptsächlich eine Arbeiterpartei. Dann wandte sie sich in einem schmerzhaften Prozess, der von Abspaltungen und Parteiaustritten begleitet war, auch den neuen ökologischen und feministischen Themen zu. Heute ist die SP – etwas salopp gesagt – eine Partei der Lehrer und Sozialarbeiter, soziologisch ausgedrückt: der soziokulturellen Spezialisten. Das sind Leute, die im Tertiärsektor arbeiten und eine überdurchschnittliche hohe Bildung und ein überdurchschnittlich hohes Einkommen haben.

Die andere Partei, die sich stark verändert hat, ist die SVP. Sie ist heute weniger eine Bauern- und Gewerbetypenpartei, als viel mehr eine Partei von Leuten, die gegen eine Öffnung der Schweiz sind oder die Angst haben, im Modernisierungsprozess unter die Räder zu kommen.

Ihre Wandlung vollzog die SVP unter der Regie von Christoph Blocher in den 90er Jahren: Indem die SVP die Annäherung der Schweiz an Europa massiv bekämpfte, konnte sie sich auf Kosten von FDP und CVP, welche europafreundlich waren, profilieren und sich gar als

Normalfall nicht wählen oder abstimmen. Die Gruppe der Parteilosen ist also sehr wichtig. Da die Parteilosen aber auch den grossen Teil der Politabstinenten ausmachen, sinkt ihr politisches Gewicht wieder. In Wahlen und Volksabstimmungen sind vor allem jene Parteilosen von

ZUR PERSON

Werner Seitz kam 1954 in Thal / SG zur Welt, besuchte von 1961 bis 1974 Schulen in St. Gallen, Rebstein / SG und Immensee / SZ und studierte von 1975 bis 1983 an der Universität Bern Philosophie, Schweizergeschichte, Staatsrecht und Verfassungsgeschichte. Während fünf Jahren war er Assistent am Forschungszentrum für schweizerische Politik und ein Jahr am Soziologischen Institut der Uni Bern. Von 1990 bis 1993 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Statistik in Neuchâtel, ab 1993 Leiter des Bereichs Wahlen und Abstimmungen und seit 2004 ist Werner Seitz Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien». 1996 beendete er an der Philosophisch-Historischen Fakultät seine berufsbegleitend geschriebene Dissertation «Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten». Daneben war er in den 90er Jahren Mitglied der Beratungsgruppe der Rot-Grün-Mitte-Parteien der Stadt Bern, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Technik in Lausanne und von 2000 bis 2002 Experte des Europarates für Gleichstellungsfragen im Bereich Politik. Im weiteren engagiert er sich am «Märtplatz», einer Ausbildungsstätte für junge Menschen mit Startschwierigkeiten im Zürcher Unterland, wo er seit 1988 Philosophie- und Politikurse leitet und von 2000 bis 2006 Präsident des Stiftungsrats war. Werner Seitz ist verheiratet und lebt in Bern.

nationalkonservative Referenzinstanz in der Schweizer Politlandschaft etablieren. Dabei schaffte es die SVP, ihren Stimmenanteil mehr als zu verdoppeln und zur stärksten Partei in der Schweiz zu werden.

Während sich die SP und die SVP also durch einen programmatischen Wechsel als Parteien neu positionieren und bei den Wählenden punkten konnten, kamen die beiden Parteien CVP und FDP mit ihrer Politik immer mehr ins Rutschen. Sie verloren zusammen über zehn Prozentpunkte der Wählerstimmen an die SVP, welche heftig auf FDP und CVP eindrosch und deren Mitte-Kurs als Wischiwaschi-Kurs diffamierte. Diese Probleme von FDP und CVP halten zur Zeit noch an. Anders dagegen die Grünen: Sie haben ihr Tief der 90er Jahre überwunden und sich als stärkste Partei ausserhalb des Bundesrates etabliert.

Was bewirken die Parteilosen in der Schweizer Politiklandschaft?

In der Schweiz waren die Parteilosen immer sehr zahlreich und sie sind in den letzten Jahrzehnten noch angewachsen. Heute sind etwa sieben Prozent der Stimmberechtigten Parteimitglieder und gut 40 Prozent verstehen sich als Sympathisanten einer Partei. Das führt dazu, dass sich die Parteien nicht einfach auf ihre Mitglieder und Sympathisanten verlassen können, wenn sie Volksabstimmungen und Wahlen gewinnen wollen. Sie müssen sich auch um die Wechselwähler kümmern und um jene, die im

Interesse, die grundsätzlich politisch interessiert sind und von einer bestimmten Sache überzeugt werden können.

Was sind die zentralen Fragen der aktuellen Schweizer Politik?

Abgesehen von der Frage nach ihrem Verhältnis zur EU muss sich die Schweizer Politik mit ähnlichen Problemen auseinandersetzen wie die meisten westlichen Industrienationen. Dazu gehört etwa die Bevölkerungsmigration von Süden nach Norden, die sich bei uns in Form der Asyl- und Ausländerproblematik stellt. Ein anderer Problembereich betrifft den Sozialstaat. Heute leben die Menschen länger als früher und es braucht längerfristige Sicherungsmodelle, damit die Pensionierten ein Leben ohne materielle Sorgen führen können, ohne dass die Jüngeren übermässig zur Kasse gebeten werden. Weiter ist die Gesellschaft mit einer Veränderung der Arbeitswelt konfrontiert, welche den Arbeitsrhythmus beschleunigt und die Arbeit knapper werden lässt. Dieser Prozess drängt Menschen aus dem Arbeitsmarkt, für die der Sozialstaat in Form von Arbeitslosenunterstützung, IV-Renten, Frühpensionierung und Sozialhilfe aufkommen muss. Auch hier müssen längerfristige Lösungen gefunden werden. Ebenfalls einen grossen Brocken stellt das Gesundheitssystem dar, welches eben nicht nur die Menschen besser leben lässt, sondern auch das Portemonnaie stark belastet. Auf der politischen Traktandenliste etwas nach unten gerutscht sind zur Zeit die Fragen des Umwelt-

schutzes; sie treten regelmässig und schlagartig ins öffentliche Bewusstsein, wenn Schäden, welche unserer Zivilisation verursacht, manifest werden.

GLEICHSTELLUNG VON MANN UND FRAU

Sie waren von 2000 bis 2002 Experte des Euro-Parates für Gleichstellungsfragen im Bereich Politik. Wie hat sich die Situation der Frauen in der Politik verändert?

Die Schweiz war ein gleichstellungspolitischer Spätzügler. Das Frauenstimmrecht wurde ja erst 1971 eingeführt. Nach diesem Schritt aber machte die Schweiz rasch grosse Fortschritte, vor allem in den 90er Jahren, ironischerweise nach der Nichtwahl einer Frau in den Bundesrat, der Genfer Sozialdemokratin Christiane Brunner. Schon bald wurde in den Parlamenten und Regierungen ein Frauenanteil von 20 Prozent erreicht. Heute liegt der Frauenanteil bei rund 25 Prozent, und zwar in den Parlamenten wie in den Regierungen. Das ist zwar immer noch weit entfernt von einer wirklichen Gleichstellung, verglichen mit dem europäischen Umfeld aber liegt die Schweiz in der Spitzengruppe. Nur gerade die nordischen Staaten haben mehr Frauen in Regierung und Parlament als die Schweiz.

Wie sah diese Entwicklung aus?

In den 70er Jahren waren es die grossen Parteien FDP, CVP und SP, welche die erste Frauengeneration in die Politik brachte; das waren vor allem sogenannte Frauenstimmrechtsfrauen. Bürgerliche Parteien und SP verschliefen es jedoch, den Generationenwechsel bei den Frauen einzuleiten und so bewegte sich bei diesen Parteien in den 80er Jahren gleichstellungspolitisch nur wenig. Es waren vor allem die Grünen und 68er Linksparteien die aktive Frauenförderung betrieben. Nach der Nichtwahl von Christiane Brunner in den Bundesrat 1993 legten die Frauen bei der SP massiv zu und auch FDP und CVP kamen unter Druck, endlich mehr Frauen in die Parlamente und Regierungen zu bringen. Gegenwärtig arbeiten diese beiden Parteien noch daran. Zur Zeit präsentiert sich die Situation in etwa so: Bei den Grünen sind die Frauen in der Mehrheit, bei der SP haben die Frauen 40 Prozent erreicht, sie gehen langsam auf die sogenannte Parität zu. Und je weiter rechts wir gehen, umso schlechter sieht es für die Frauenrepräsentation aus: bei FDP und CVP machen die Frauen rund 20 Prozent aus, bei der SVP ist es noch weniger.

Verlassen wir mal die Schweiz. Wie beurteilen Sie die Situation in Osteuropa?

Es war für mich eine riesige Überraschung, wie schnell und radikal die politische Veränderung in Osteuropa und in der Sowjetunion vor sich ging – und vor allem, was geblieben ist. Sicher, die Sieger zeigten überhaupt kein Interesse, im Rahmen einer geordneten Transformation auch positive Errungenschaften des sogenannten realsozialistischen Systems sicherzustellen. Es wurde möglichst rasch möglichst viel plattgewalzt und privatisiert. Heute herrscht dort mehrheitlich ein kruder Kapitalismus mit all seinen primitiven Auswirkungen. Vom Einleiten eines langfristigen Prozesses zu einer demokratischen Gesellschaft war keine Rede. Das finde ich eigentlich schade und ich denke, die Menschen dort bezahlen einen relativ hohen Preis für ihre Befreiung.

Negativ beeindruckt hat mich auch das Aufbrechen der Nationalismen – am schlimmsten im ehemaligen Jugoslawien. Ich glaubte, unter den alten Regimes wären diese in den 40 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden worden. Aber offensichtlich nehmen die Menschen in unsicheren und Umbruch-Phasen zu einfachen Ideologien Zuflucht.

Seinem ersten Buch «Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten», 1997 im Zürcher Realtopia Verlag erschienen, soll ein zweites über die politische Kultur der Schweiz folgen. Werner Seitz veröffentlichte rund 30 Aufsätze in Büchern und Zeitschriften, 20 eigenständige Publikationen im Rahmen des Bundesamtes für Statistik und gegen 100 Zeitungsartikel, alle zum Thema Politik in der Schweiz. Weitere Informationen finden sich unter www.werner-seitz.ch.

Eine etwas provokative Frage: Wie lange dauert es ihrer Meinung nach noch, bis die Weltmacht USA zusammenbricht?

Alle Weltmächte werden einmal verschwinden, die einen früher, die anderen später. Wie lange es aber dauert, darüber können wir höchstens spekulieren. Gerade der plötzliche Zusammenbruch der Sowjetunion ist ein Beleg dafür, wie schlecht vorhersehbar gewisse Prozesse sind, auch wenn im Nachhinein durchaus deutliche Indizien für einen bestimmten Verlauf gefunden werden.

Die USA haben zwar innen- und aussenpolitische Probleme, sie sind aber immer noch die grosse politische Macht und haben immer noch

«Alle Weltmächte werden einmal verschwinden, die einen früher, die anderen später. Wie lange es aber dauert, darüber können wir höchstens spekulieren.»

eine beträchtliche Substanz. Die entscheidende Frage dürfte wohl sein, wie sich das globale Kräfteparallelogramm in den nächsten Jahrzehnten verändert, wenn Indien und China auf dem Weltmarkt noch wichtigere Rollen spielen werden.

Zur Zeit wäre für mich ein Zusammenbrechen der USA nicht wünschenswert, auch wenn mich deren Politik immer wieder irritiert und ärgert. Bei aller Kritik, Europa und die USA haben gemeinsame kulturelle Wurzeln, aus denen die Demokratie und die Menschenrechte entstanden sind, und auf dieser Basis liesse sich doch vernünftig Politik machen.

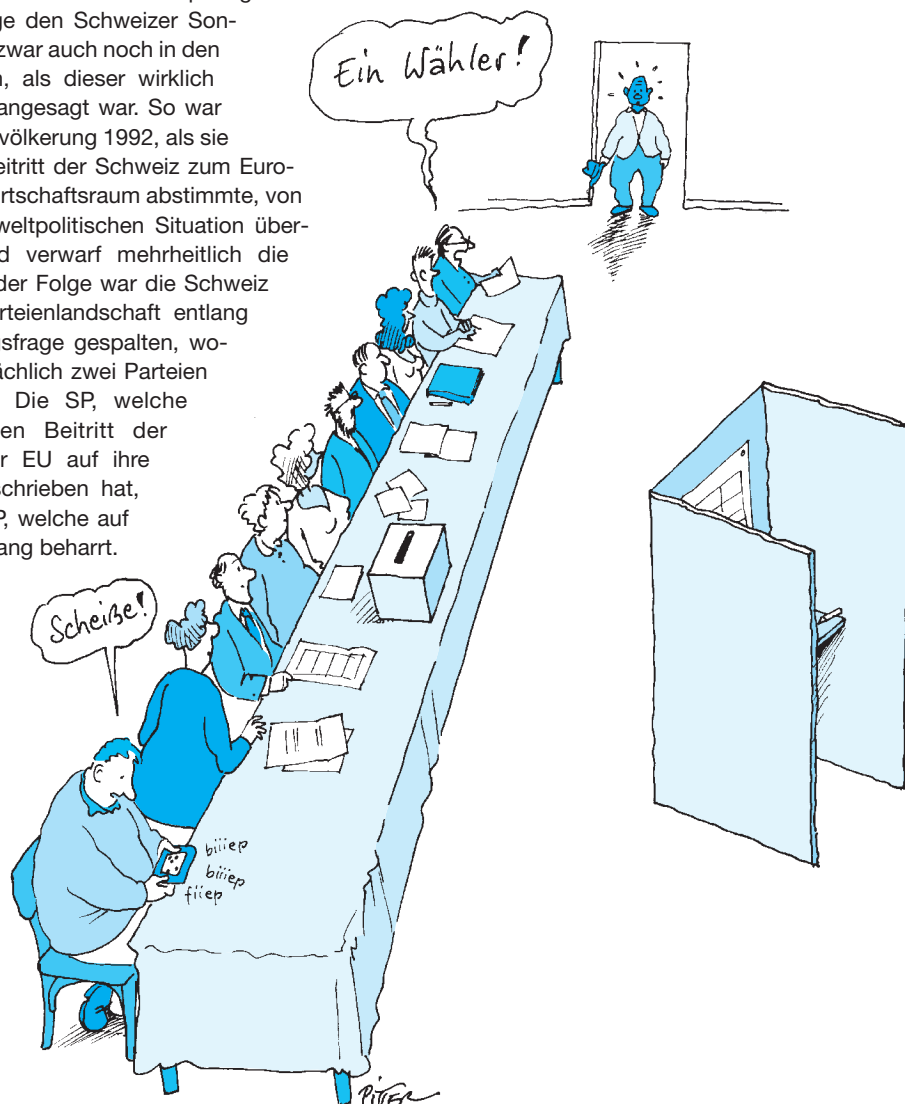
Vor dem Hintergrund der anstehenden politischen und wirtschaftlichen Fragen begrüße ich den europäische Einigungsprozess und denke, die Schweiz sollte aktiv daran teilnehmen. Ich verstehe mich jedoch nicht als verzückten Europäer, es ist eher eine «Einsicht in die Notwendigkeit». Vor allem erachte ich den Preis, den die Schweiz für einen Beitritt bezahlen müsste – eine substantielle Einschränkung der direkten Demokratie – als sehr hoch.

In den letzten Jahren hat sich die Schweiz in zwei Volksabstimmungen für den bilateralen Weg entschieden, und ich denke, sie sollte diesen Weg nun gehen. Man muss sich aber bewusst sein, dass der bilaterale Weg immer komplizierter und schwieriger werden wird.

GESPALTENE PARTEIENLANDSCHAFT

Wie beurteilen Sie das Verhältnis der Schweiz zu Europa?

Die offizielle Schweizer Politik predigte sehr lange den Schweizer Sonderfall, und zwar auch noch in den 80er Jahren, als dieser wirklich nicht mehr angesagt war. So war denn die Bevölkerung 1992, als sie über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum abstimmte, von der neuen weltpolitischen Situation überpelt und verwarf mehrheitlich die Vorlage. In der Folge war die Schweiz und die Parteienlandschaft entlang der Öffnungsfrage gespalten, wovon hauptsächlich zwei Parteien profitierten: Die SP, welche den baldigen Beitritt der Schweiz zur EU auf ihre Fahnen geschrieben hat, und die SVP, welche auf dem Alleingang beharrt.



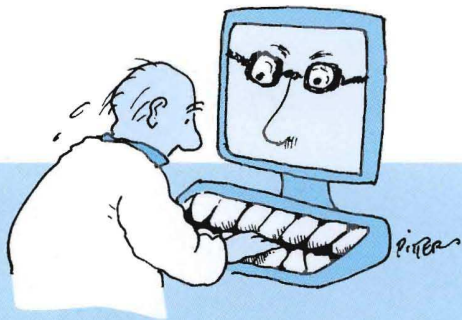


Was es nicht alles gibt: Da sassen wir bei 39 Grad am Schatten in der Provence und dachten nichts Böses, obwohl es in diesen Zeiten viel Böses zu denken gäbe. Plötzlich, kurz vor Mittag, stolzierte ein Pinguin vor dem Haus vorbei. Dann ein zweiter, ein dritter und immer mehr. Wir zählten etwa 2000 Stück. Den letzten fragten wir: «Wohin des Weges, guter Freund?» Er sah kurz auf, wie das Pinguine so machen, und sprach: «Wir sind auf der Suche nach einem neuen Gletscher.» Und wenn sie nicht gestorben sind, suchen sie ihn noch heute.

Mitfühlend: Ihre Minder Heidi

B-POST ABONNIEREN?

Die «Nachrichten von der kleineren Hälfte» erscheinen in der Regel jährlich zweimal. Interessierte erhalten sie auf Wunsch – Spenderinnen und Spender sowieso – regelmässig kostenlos zugeschickt. Bestellungen bei: Stiftung Märtplatz, Postfach, 8427 Rorbas-Freienstein; Telefon: 044 865 52 22; Fax: 044 865 52 91; E-Mail: buero@maertplatz.ch. Für Spenderinnen und Spender gilt: Stiftung Märtplatz, Freienstein, Postcheckkonto: 84-1660-2.



B-Post

Nachrichten von der kleineren Hälfte

Herausgeber:

Stiftung Märtplatz, Postfach, 8427 Rorbas
Telefon: 044 865 52 22
Fax: 044 865 52 91
E-Mail: buero@maertplatz.ch
Internet: www.maertplatz.ch
Postcheckkonto: 84-1660-2

Redaktion:

Märtplatz-JournalistInnen-Werkstatt:
Weiacherstrasse 80, 8427 Rorbas
Telefon: 044 865 58 36 / 37
E-Mail: journalisten@maertplatz.ch

Texte:

Jürg Bingler, Werner Boll, Alain Bopp,
Andrea Casalini, Alexander Debrunner,
Claudio Gordano, Roger Häni, Jürg Jegge

Illustrationen:

Klaus Pitter

Fotos:

Märtplatz-Foto-Werkstatt:
Dorfstrasse 14d, 8427 Freienstein
Telefon: 044 865 25 28
Fotos: Johannes Dietschi, Lana Prijic,
Luisa Kehl, Børgen Herzog und
Michael Freisager

Layout und Scans:

Märtplatz-Medien-Werkstatt:
Dorfstrasse 14d, 8427 Freienstein
Telefon: 044 881 75 15 / 16
Dani Riedweg, Ivo Gamper, Marcelo Tiago
Ahmad Sequeira, Michel Maag

Druck:

Medico Druck, 8424 Embrach

November 2006